



SEITE 2
Bilanz: Regieren heißt,
das Land zu gestalten

SEITE 3
Christine Lambrecht über
die Begrenzung von Leih-
arbeit und Werkverträgen



SEITE 4/5
Im Interview:
SPD-Fraktionschef
Thomas Oppermann

SEITE 6
Industrie 4.0:
Den Menschen in den
Fokus stellen



SEITE 7
Flexibler Übergang in
die Rente

SEITE 8
Haushalt 2016:
Mehr Investitionen –
keine neuen Schulden

GUTE ARBEIT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 7/2015

Gesagt. Getan. Gerecht.

Seit zwei Jahren ist die SPD-Fraktion treibende Kraft der Koalition – und hat viel erreicht.

Vor zwei Jahren wurde der Koalitionsvertrag unterschrieben. Die SPD-Bundestagsfraktion prägt seitdem die Politik der Großen Koalition und setzt konsequent das um, was sie im Koalitionsvertrag durchgesetzt hat. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bürgerinnen und Bürger. Die SPD-Bundestagsfraktion will das Leben der Menschen verbessern und das Land modernisieren.

Politik, die es besser macht

Mit vielen Gesetzen ist ihr das in den letzten beiden Jahren gelungen. Beispiel Mindestlohn: Geschätzte 3,7 Millionen Menschen bekommen seit dem 01.01.2015 einen gerechteren Lohn für ihre Arbeit. Dank einer gestärkten Tarifbindung profitieren zudem mehr Menschen von guten Tariflöhnen.

Beispiel Rente: Menschen, die lange und hart gearbeitet haben, können jetzt nach 45 Beitragsjahren zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Sie haben es sich verdient.

Beispiel Wohnen: Mit der Mietpreisbremse können die Länder jetzt in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt überzogene Mieterhöhungen verhindern. Gleichzeitig fördert die Koalition den Neubau von Wohnungen und stellt in den kommenden vier Jahren nochmal 2 Milliarden Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau bereit. Damit Wohnungen bezahlbar bleiben, auch in Großstädten und Ballungsgebieten.

Beispiel ElterngeldPlus: 60 Prozent der Eltern mit kleinen Kindern wollen sich die Erziehungsarbeit partnerschaftlich teilen, aber die wenigsten schaffen es bisher. Mit dem Elterngeld-Plus gibt die SPD-Fraktion ihnen mehr



Regieren heißt anpacken: Seit zwei Jahren schafft die SPD-Fraktion Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann zieht deshalb eine positive Bilanz der ersten beiden Regierungsjahre: „Wir haben zwei erfolgreiche Jahre hinter uns, in denen wir ein Projekt nach dem anderen umgesetzt haben.“

Flüchtlingspolitik im Fokus

Projekte umsetzen, Ordnung schaffen, Menschen helfen – darum geht es auch aktuell in der Flüchtlingspolitik. Die gestiegenen Flüchtlingszahlen stellen das Land vor enorme Herausforderungen. „Die Flüchtlinge integrieren und die Gesellschaft zusammenhalten, diese Aufgabe werden wir entschlossen anpacken“, sagt Thomas Oppermann.

Zudem richten die Sozialdemokraten den Blick in die nahe Zukunft.

Klar ist: Globalisierung, Digitalisierung oder der demografische Wandel verändern unsere Gesellschaft fortlaufend. Die Menschen in Deutschland werden künftig anders leben und anders arbeiten. Die SPD-Bundestagsfraktion will diesen Wandel gestalten. Deshalb haben die Sozialdemokraten die Initiative „Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit“ gestartet. „Wir entwickeln neue Ideen

für die kommenden zwei Jahre und die Zeit danach“, sagt Thomas Oppermann. In sechs Projektgruppen erarbeiten die Sozialdemokraten im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf drängende Zukunftsfragen. Das Ziel: Den Wandel so gestalten, dass Deutschland auch in Zukunft ein offenes, sicheres, wohlhabendes und gerechtes Land bleibt. ■

Die Projektgruppen im Projekt Zukunft

- #NeueZeiten: Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel
- #NeueChancen: Wertschätzung für Bildung und Arbeit
- #NeueErfolge: Vorsprung durch Innovation
- #NeuesMiteinander: Einwanderungsland Deutschland
- #NeuerZusammenhalt: Gleichwertige Lebensverhältnisse
- #NeueLebensqualität: Morgen gut leben

Mehr unter: www.spdfraktion.de/projekt-zukunft

Regieren heißt, das Land zu gestalten und besser zu machen

Ob eine gerechtere Bezahlung, mehr Investitionen in Bildung oder eine fortschrittliche Familienpolitik: Die SPD-Fraktion verbessert das Leben der Bürgerinnen und Bürger. Eine Bilanz.

Mindestlohn wirkt



Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass alle Menschen von ihrer Arbeit leben können. Seit dem 1. Januar 2015 haben deshalb alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Bis Ende 2016 sind Abweichungen möglich, Voraussetzung dafür ist in der Regel ein Mindestlohn-Tarifvertrag. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der gesetzliche Mindestlohn flächendeckend und wird in seiner Höhe regelmäßig überprüft und angepasst.

Schon heute ist klar: Der Mindestlohn ist ein voller Erfolg. 3,7 Millionen Menschen haben mehr Geld auf dem Gehaltszettel. Zehntausende müssen ihren Lohn nicht mehr mit ergänzenden Sozialleistungen aufstocken.

Gleichzeitig waren die Horrorszenarien der Mindestlohn-Gegner vollkommen unbegründet. Die niedrigste Arbeitslosenquote seit 24 Jahren zeigt: Der Mindestlohn hat zu keinen massiven Arbeitsplatzverlusten geführt.

Verdiente Rente

Wer 45 Jahre lang gearbeitet hat, hat sich seine Rente verdient. Deshalb hat die SPD-Fraktion in der Koalition die frühere abschlagsfreie Rente durchgesetzt. Konkret: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die 45 Jahre Rentenbeiträge gezahlt haben, können zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Von der neuen Regelung profitieren unmittelbar mehr als 200.000 Menschen.

Außerdem bekommen 9,5 Millionen Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, eine höhere Rente. „Mit dem Rentenpaket haben wir Gerechtigkeitslücken geschlossen“, sagt die Sprecherin der SPD-Fraktion für Arbeit und Soziales Katja Mast. „Wir helfen denen, die lange und hart gearbeitet haben. Sie haben es verdient.“

Bezahlbares Wohnen

Gutes Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden. „Mit der Verdoppelung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau und der Mietpreisbremse sorgen wir für mehr bezahlbare Wohnungen“, sagt SPD-Fraktionsvize Sören Bartol.

Die Mietpreisbremse greift bei Wiedervermietung von Bestandswohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt. Hier dürfen Mieten nur noch höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Bei der Beauftragung eines Maklers gilt jetzt: „Wer bestellt, der bezahlt“ – in der Praxis meist der Vermieter.

Zudem hat die SPD-Fraktion dafür gesorgt, dass die Städtebauförderung von 455 auf 700 Millionen Euro jährlich angehoben wurde. Besonders wichtig ist das Programm Soziale Stadt: Damit sich unsere Städte nicht in arme und reichere Stadtteile spalten, stellt das Programm 150 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Außerdem erhalten die Länder pro Jahr 518 Millionen Euro vom Bund für die soziale Wohnraumförderung. Diese Mittel erhöht die Koalition in den kommenden Jahren noch einmal um insgesamt 2 Milliarden Euro.

Mehr Zeit für Familie



Die SPD-Fraktion trägt den Lebensentwürfen und -realitäten von Familien Rechnung. Mit einer modernen Zeitpolitik gibt sie Beschäftigten die Möglichkeit, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Das neue ElterngeldPlus erleichtert es Eltern seit dem 01.07.2015, die Elternzeit partnerschaftlich aufzuteilen. Sie bekommen doppelt so lange Elterngeld, wenn sie Teilzeit wieder in den Beruf einsteigen. Wenn Mutter und Vater parallel Teilzeit arbeiten, gibt es vier Monate extra. Auch pflegende Angehörige bekommen seit Januar 2015 mehr Flexibilität



und mehr Rechte. Bei einem akut eintretenden Pflegefall können sie eine zehntägige Auszeit nehmen – und erhalten ein Pflegeunterstützungsgeld. Für längere Auszeiten gibt es künftig einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit: Angehörige können bis zu 24 Monate die Arbeitszeit reduzieren. Damit es nicht am Geld scheitert, haben die Betroffenen Anspruch auf ein zinsloses Darlehen.

Frauenquote

In keiner anderen Wirtschaftsnation gibt es so wenige Frauen in Führungspositionen wie in Deutschland. Auch wenn Frauen besser qualifiziert sind, haben sie schlechtere Karrierechancen.

Dank des Einsatzes der SPD-Fraktion sorgt jetzt eine gesetzliche Frauenquote dafür, dass bei der Besetzung von Top-Jobs nicht mehr nur Männer in Frage kommen. „Ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung“, sagt Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion. Ab 2016 müssen börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen mindestens 30 Prozent der frei werdenden Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzen. Ansonsten bleiben die Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

Für die SPD-Fraktion ist klar: Wenn weibliche Vorstände in den DAX-Unternehmen und Frauen als Aufsichts-

ratsvorsitzende endlich Normalität sind, bringt das auch die Gleichstellung auf den unteren Ebenen voran.

In Bildung investieren



Bildung ist der Rohstoff der modernen Wissensgesellschaft. Deshalb hat die SPD-Fraktion im Koalitionsvertrag 9 Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen in Kitas, Bildung und Wissenschaft durchgesetzt.

Besonders wichtig ist für die SPD-Fraktion das BAföG: „Das BAföG steht wie kein anderes Gesetz für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit“, sagt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Ernst Dieter Rossmann. Deshalb erhöht die Koalition das BAföG ab Mitte 2016 um sieben Prozent und fördert über 100.000 Studierende zusätzlich. Seit 2015 übernimmt der Bund die Kosten des BAföG vollständig. Die Länder investieren die frei werdenden Mittel in Kitas, Schulen und Hochschulen. Außerdem steckt der Bund rund 750 Millionen Euro zu-

Gesagt Getan Gerecht

sätzlich in Krippen und Kitas. Zudem sollen Länder und Kommunen mit den frei werdenden Mitteln des Betreuungsgeldes bei der Verbesserung der Kinderbetreuung unterstützt werden. Rund 10 Milliarden Euro stellt der Bund bis 2020 für mehr Studienplätze zur Verfügung. Daneben hat die Koalition das Grundgesetz geändert und das Kooperationsverbot im Hochschulbereich aufgehoben. Der Bund kann so künftig Universitäten und Fachhochschulen dauerhaft fördern.

Versorgen und vorsorgen

Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, Wohnort oder Alter eine optimale medizinische Versorgung bekommen und am medizinischen Fortschritt teilhaben.

In Regionen, die ärztlich unterversorgt sind, bekommen Patientinnen und Patienten deshalb künftig vereinfachten Zugang zur ambulanten Behandlung in Krankenhäusern. Außerdem werden in überversorgten Gebieten Praxen nur dann nachbesetzt, wenn dies für die Versorgung der Patienten auch sinnvoll ist. Damit soll die Landflucht der Ärzte gestoppt werden.

Die Krankenkassen sollen ihre Ausgaben je Versichertem zur Gesundheitsförderung und Prävention von Krankheiten verdoppeln. Zudem sollen

gesetzlich Versicherte in Zukunft innerhalb von vier Wochen einen Facharzttermin bekommen. Findet ein Patient in einem dringenden Fall keinen Facharzt, vermitteln ihm die Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen innerhalb einer Woche einen Termin. Durch eine Krankenhausreform wird künftig mehr Geld für jene Krankenhäuser zur Verfügung stehen, die in ihr Pflegepersonal investieren und es anständig bezahlen.

Bessere Pflege



Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. Die SPD-Fraktion hat deshalb die Situation der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Beschäftigten in der Pflege verbessert.

Seit dem 1. Januar 2015 erhalten Pflegebedürftige bessere Leistungen, pflegende Angehörige und Pflegefachkräfte wurden entlastet. Außerdem ist

die Qualität der stationären Pflege gestärkt worden. Zentral war für die SPD-Fraktion die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes: Ab 2017 werden fünf so genannte Pflegegrade die bisherigen drei Pflegestufen ablösen. Dabei werden nicht mehr nur die körperlichen Einschränkungen, sondern auch geistige und psychische Beeinträchtigungen berücksichtigt. Außerdem setzt die Unterstützung früher an, denn der Pflegegrad 1 erreicht Menschen, die bisher keine Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten haben. Dadurch haben zusätzlich 500.000 Menschen Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung.

Stärkere Terrorabwehr

3000 neue Bundespolizisten werden in den nächsten drei Jahren eingestellt. Außerdem stärkt die Koalition Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst für eine bessere Terrorabwehr.

Der Versuch, in terroristischer Absicht ins Ausland zu reisen, steht jetzt unter Strafe. Ein möglicher Personalausweisentzug erschwert diese Reisen zusätzlich. Außerdem hat die Koalition einen Straftatbestand Terrorismusfinanzierung geschaffen und bestehende Regelungen zur Terrorismusbekämpfung bis 2021 verlängert.

Bessere Integration mit Doppelpass

In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern, die sich bisher bei Volljährigkeit zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden mussten, können nun in den meisten Fällen beide Pässe behalten. Das fördert die Integration.

Kommunen unterstützen

Städte und Gemeinden in Deutschland sind systemrelevant: Sie sorgen für gute Schulen und Kinderbetreuung, Straßen und Internetanschlüsse, Energie- und Wasserversorgung, soziale Hilfen und kulturelle Angebote. Zudem tragen sie die Hauptlast bei der Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen.

Damit die Kommunen auch in Zukunft handlungsfähig bleiben, hat die SPD-Fraktion enorme Entlastungen durchgesetzt: 5,5 Milliarden Euro jährlich dadurch, dass der Bund die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernommen hat. Hinzu kommt eine jährliche Entlastung von 1 Milliarde Euro, die 2017 auf 2,5 Milliarden und ab 2018 auf 5 Milliarden Euro steigt.

Für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen hat der Bund kurzfristig 2 Milliarden Euro bereitgestellt. Ab 2016 unterstützt er Länder und Kommunen dauerhaft mit einer Pauschale pro Asylbewerber. ■

Editorial



Christine Lambrecht,
Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

Leiharbeit und Werkverträge sind in den letzten Jahren zum Einfallstor für Lohndumping und miserable Arbeitsbedingungen geworden. So werden zum Beispiel Leiharbeiter zum Teil jahrelang zu schlechteren Bedingungen als Festangestellte beschäftigt, obwohl sie die gleiche Arbeit verrichten. Oder es werden Schein-Werkverträge allein zur Umgehung von arbeitsrechtlichen Mindeststandards vergeben. Damit muss zukünftig Schluss sein: Wir haben deshalb im Koalitionsvertrag vereinbart, dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen einen Riegel vorzuschieben. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat hierzu jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Vorgaben des Koalitionsvertrags eins zu eins umsetzt. Arbeitgeber werden auch zukünftig genügend Flexibilität für Auftragspitzen oder Vertretungsfälle haben. Aber der Missbrauch dieser Instrumente durch schwarze Schafe muss verhindert werden. Für Leiharbeiter werden wir deshalb den Grundsatz der gleichen Bezahlung nach neun Monaten und eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten durchsetzen. Die Umgehung von Arbeitnehmerrechten durch vermeintliche Werkverträge werden wir zukünftig dadurch verhindern, dass wir endlich klar definieren, wann in Wirklichkeit ein Arbeitsvertrag vorliegt. Die SPD-Fraktion ist und bleibt der Garant für die Arbeitnehmerrechte in Deutschland. Wir haben den Koalitionsvertrag gut verhandelt und konnten mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und der Stärkung der Tarifeinheit bereits große Erfolge für die Beschäftigten verbuchen. Mit der Neuregelung von Leiharbeit und Werkverträgen setzen wir ein weiteres zentrales Versprechen um, für das wir in den Koalitionsverhandlungen erfolgreich gekämpft haben. ■

Zahl der Hausärztinnen und Hausärzte sinkt





»Wir müssen die Gesellschaft zusammenhalten«

In Krisensituationen zeige sich die Berechtigung der Großen Koalition, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Im Interview zieht er eine Bilanz der ersten zwei Koalitionsjahre und spricht über die Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik.

Die Große Koalition ist jetzt seit zwei Jahren im Amt. Wie fällt Ihre Halbzeitbilanz aus?

Diese Große Koalition hat in den ersten zwei Jahren unser Land sehr gut regiert. Wir haben aus dem Koalitionsvertrag eine Menge wichtiger Projekte in einem beeindruckenden Tempo umgesetzt. Das ist vor allem das Verdienst der sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister und einer professionell agierenden SPD-Fraktion. Vor allem zeigen wir, dass wir in Krisensituationen – wie wir sie jetzt bei der Bewältigung der großen Zahl der Flüchtlinge haben – auch schwierige Entscheidungen verantwortungsvoll treffen. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, welches Bild eine schwarz-gelbe Koalition in einer ähnlichen Situation hier abgegeben hätte. In solchen Zeiten zeigt sich die innere Berechtigung der Großen Koalition.

„Die Einführung des Mindestlohns ist ein Meilenstein“

Was würden Sie als besondere Erfolge der SPD-Fraktion hervorheben?

Die Einführung des Mindestlohns ist ein Meilenstein, den wir durchgesetzt haben. Mit der Tarifeinheit und dem Grundsatz ‚Ein Betrieb, ein Tarifvertrag‘ stärken wir die Sozialpartnerschaft. Dass wir für einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden gesorgt haben, verbessert das Leben dieser und kommender Generationen: Erstmals

seit 1969 gibt der Bund nicht mehr aus, als er einnimmt. Und trotzdem haben wir die Kommunen finanziell kräftig entlastet. Wir haben hier geborenen und aufgewachsenen Kindern die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht. Mit der Frauen-Quote, der Einführung der Mietpreisbremse sowie des Bestellerprinzips bei den Maklergebühren hat die SPD-Fraktion das Leben der Menschen konkret verbessert. Und wir stellen uns den Gefahren des Terrorismus und haben darauf mit besonnenen Maßnahmen reagiert.

Was hätte aus Ihrer Sicht besser laufen können?

Die SPD hat seit über einem Jahr darauf gedrängt, als bereits absehbar war, dass die Flüchtlingszahlen steigen werden, die Länder und Kommunen besser auszustatten, den Wohnungsbau anzukurbeln und die nötige Infrastruktur

zur Aufnahme der Flüchtlinge zu schaffen, vor allem schnellere Verfahren. Leider haben wir uns gegen die Union erst durchsetzen können, als die Zahl der Flüchtlinge rasant nach oben ging. Jetzt laufen wir der Entwicklung ein Stück hinterher und müssen jetzt schnell Ordnung schaffen.

Die zentralen sozialdemokratischen Vorhaben im Koalitionsvertrag sind abgearbeitet. Was bleibt für die nächsten zwei Jahre?

Wir werden noch viele wichtige Vorhaben umsetzen. Um nur drei zu nennen: Wir wollen für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern sorgen, denn Frauen verdienen durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer. Wir legen einen individuellen Auskunftsanspruch fest und wollen Unternehmen verpflichten, zur Entgeltgleichheit zu berichten. Wir werden Mieter weiter stärken, indem wir den Mietspiegel überarbeiten und die Modernisierungsumlage begrenzen. Und wir schaffen weiter Ordnung auf dem Arbeitsmarkt: Es kann nicht sein, dass Lohndumping durch Missbrauch von Werkverträgen in diesem Land zum Teil ganz legal ist. Wenn ganze Belegschaften aus lauter individuellen Werkverträgen bestehen, dann geht das am Sinn und Zweck dieses Instrumentes vorbei. Bei der Leiharbeit wollen wir eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten und gleichen Lohn nach neun Monaten einführen. Andrea Nahles hat hier sehr gute Vorschläge gemacht, mit denen wir den Missbrauch zulasten von Arbeitnehmern stoppen werden.

Mit ihrem Projekt Zukunft sucht die SPD-Fraktion nach Antworten auf die zentralen Zukunftsfragen. Was bedeutet das ganz konkret?

In den kommenden Jahren steht Deutschland vor neuen Herausforderungen. Die Digitalisierung, die Globalisierung, der demografische Wandel oder auch die Bedrohung der inneren und äußeren Sicherheit verändern die Art und Weise, wie wir künftig leben, lernen und arbeiten. Deshalb haben wir mit sechs Projektgruppen einen Dialog gestartet, mit dem wir Antworten

„Wir schaffen weiter Ordnung auf dem Arbeitsmarkt“

auf zentrale Zukunftsfragen erarbeiten werden. In der digitalen Arbeitswelt sind wir beispielsweise ständig erreichbar und flexibel einsetzbar: Wie können wir unter diesen Umständen dafür sorgen, dass Frauen und Männer, Selbständige und abhängig Beschäftigte ihre individuellen Vorstellungen von Familie, Beruf und Freizeit besser verwirklichen können und selbstbestimmt über ihre Zeit bestimmen können? Die Ergebnisse unseres Dialogs werden in unsere parlamentarische Arbeit für diese und die kommende Legislaturperiode einfließen.

„Wenn Armut nicht vererbt werden soll, müssen wir Chancen für alle organisieren“

Sie fragen mit dem Projekt nach einer „Neuen Gerechtigkeit“. Was ist falsch an der alten?

Die Welt verändert sich, also stellen sich auch andere Gerechtigkeitsfragen. Gerechtigkeit ist die Voraussetzung für Fortschritt, denn der wirtschaftliche Erfolg kommt nicht von selbst. In den 1970er Jahren haben Sozialdemokraten die Gesellschaft durchlässiger gemacht. Viele Arbeiterkinder sind Akademiker geworden, deren Kinder nunmehr in der Regel sehr gute Bildungschancen haben. Die Kinder aus ärmeren Schichten dagegen stehen vor riesigen Hürden. Wenn Armut nicht „vererbt“ werden soll, müssen wir Chancen für alle organisieren.

Die Große Koalition hat lange geräuschlos gearbeitet und den Koalitionsvertrag umgesetzt. Mit der Debatte um die Flüchtlingspolitik ist erstmals ein großes Streitthema aufgekommen. Wie beurteilen Sie den derzeitigen Zustand der Koalition?

Die SPD in Bund und Ländern ist der Stabilitätsanker der Koalition. Wir müssen eine der schwersten Herausforderungen, vor der unser Land je stand, bewältigen. Ich glaube, wir machen im Moment viel richtig. Wir unterstützen die Menschen, die sich mit großer Hilfsbereitschaft um die Flüchtlinge kümmern. Aber wir nehmen auch die Sorgen derjenigen ernst, die sich fragen, was das für sie bedeutet. Jetzt geht es darum, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Das ist eine Kernkompetenz von uns Sozialdemokraten. Und es geht darum, die Flüchtlinge, die

dauerhaft bei uns bleiben, zu integrieren. Da darf Parteipolitik nicht im Vordergrund stehen.

Vor allem innerhalb der Union brodelte es. Beim Thema Flüchtlingspolitik gibt es zum Teil unvereinbare Meinungen. Wo steht die SPD-Fraktion in diesem Konflikt?

Der Streit zwischen CDU und CSU ist komplett überflüssig. Wir haben wirklich Wichtigeres zu tun. Wir müssen eine Spaltung der Gesellschaft verhindern. Das geht nur mit einer offenen und ernsthaften Diskussion. Panikmache ist dabei ebenso fehl am Platz wie die Tabuisierung von Ängsten. Das ist die wahre Bewährungsprobe für unser demokratisches System. Wir kümmern uns um die Probleme, damit unser Land stark bleiben kann. Wir verschließen uns dabei keinen pragmatischen Lösungen, aber wir machen keine Symbolpolitik mit, die an der Lage nicht viel ändert. Neben den innenpolitischen Maßnahmen müssen wir uns international auf drei Dinge konzentrieren, die uns helfen können, von den hohen Zahlen runterzukommen: Wir versuchen den syrischen Bürgerkrieg durch die Verhandlungen in Wien zu beenden, wir helfen mit, die Lage von Flüchtlingen in den Krisenregionen zu verbessern und wir wollen die EU-Außengrenzen mit Hilfe der Türkei sichern.

Sie sagen mit Blick auf die vielen Flüchtlinge, dass wir vor allem die Chancen sehen müssen, die uns die Zuwanderung bietet. Welche Chancen sind das?

Wir haben heute so viele offene Stellen wie noch nie seit der Deutschen Ein-

heit und werden in den nächsten 15 Jahren sechs Millionen Fachkräfte ersetzen müssen, die in den Ruhestand

„Wir machen im Moment viel richtig“

gehen. Die Hälfte der Flüchtlinge ist jünger als 25 Jahre, in der deutschen Bevölkerung ist es bloß ein Viertel. Die Flüchtlinge können uns helfen, den Fachkräftemangel von morgen und übermorgen zu decken. Flüchtlinge sind meist hochmotiviert. Sie wollen sich auch oft selbständig machen und sind bereit, dabei auch Risiken einzugehen. Auch das aktuelle Herbstgutachten der Wirtschaftsweisen prognostiziert, dass Deutschland von den Flüchtlingen wirtschaftlich profitieren wird.

Was muss die Politik dafür tun, um diese Chancen zu nutzen und die Zuwanderung zu einer Erfolgsgeschichte zu machen?

Wir müssen bei der momentanen Zuwanderung im Auge behalten, wie wir die Menschen integrieren können und wie gut unsere Integrationsmaßnahmen sind. Wenn wir die Integration nicht schaffen, kriegen wir große Probleme. Deshalb hat die SPD-Fraktion ein kluges Integrationskonzept. Die Integration ist eine innenpolitische Herausforderung für ein ganzes Jahrzehnt. Sprache, Kita, Schule, Ausbildung, Ar-

beitsmarkt, Wohnung, Werte und Regeln: Das ist das ABC der Integration. Und dieses ABC muss jetzt auf allen Stufen buchstabiert werden. Alle Fehler, die wir in den 60er und 70er Jahren gemacht haben, müssen wir jetzt vermeiden. Da müssen wir klotzen statt kleckern.

Das Thema Flüchtlinge bringt auch den Mindestlohn wieder in die Diskussion. Die Wirtschaftsweisen und Teile der Union fordern Ausnahmen für Flüchtlinge. Was sagen Sie dazu?

Wir sollten die Menschen nicht täglich durch neue unausgelegene Vorschläge verunsichern. Wenn wir Ausnahmen vom Mindestlohn bei Flüchtlingen

„Bei der Integration müssen wir klotzen statt kleckern“

erlauben, dann öffnen wir dem Lohndumping Tür und Tor. Es darf keine Menschen erster und zweiter Klasse geben. Das lehne ich kategorisch ab. Viele Menschen haben lange auf den Mindestlohn von 8,50 Euro gewartet. Wenn jetzt Flüchtlinge die gleiche Arbeit für 6,50 Euro machen, bekommen wir genau die Spaltung der Gesellschaft, die wir unbedingt verhindern müssen. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de



„Die Flüchtlinge können uns helfen, den Fachkräftemangel von morgen zu decken.“

Zur Person

Thomas Oppermann (61) ist seit Dezember 2013 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Zuvor war der Jurist zwischen 2007 und 2013 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

Seine politische Karriere hat Thomas Oppermann in Niedersachsen begonnen, wo der ehemalige Richter 15 Jahre lang Mitglied des Landtages war.

Von 1998 bis 2005 war er Minister für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen. ■

Meldungen

E-Health-Gesetz

Der Bundestag hat ein Gesetz für sichere digitale Kommunikation und Anwendungen im Gesundheitswesen beschlossen. Ziel des sogenannten E-Health-Gesetzes ist es, die Akteure im Gesundheitswesen sicher miteinander zu vernetzen. Mit Hilfe der Telematikinfrastruktur und der elektronischen Gesundheitskarte können Patientendaten schnell übermittelt und abgerufen werden. Notfalldaten wie Allergien, Blutgruppe oder Vorerkrankungen können auf der Gesundheitskarte gespeichert werden. Auch Medikationspläne der Patienten und Entlassbriefe der Krankenhäuser sollen künftig digital erstellt und erschickt werden. ■

AKW-Haftung

Die Energiekonzerne müssen laut Atomgesetz für den Rückbau von Atomkraftwerken und die Entsorgung des Atommülls haften. Mit einem Gesetz stellt die Koalition jetzt sicher, dass dies auch im Fall von Konzern-Umstrukturierungen so bleibt. Damit haften Muttergesellschaften für die Verbindlichkeiten ihrer Töchter für Rückbau- und Entsorgungskosten langfristig. Die Koalition schließt mit dem Gesetz eine Haftungslücke und minimiert die Risiken für öffentliche Haushalte und Steuerzahler. ■



Die deutschen Transport- und Logistikunternehmen leiden unter Wettbewerbsverzerrung.

Transport und Logistik am Limit

Die SPD-Fraktion diskutiert über die Bedingungen in der Transport- und Logistikbranche.

Faire Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen sollten auf deutschen Autobahnen selbstverständlich sein. Doch die Realität sieht teilweise anders aus. Darüber diskutierte die SPD-Fraktion Ende November mit Expertinnen und Experten aus der Transport- und Logistikbranche, aus Verwaltung, Zoll und Polizei sowie Gewerkschaften und Verbänden. Die Transport- und Logistikbranche habe als Wirtschaftsfaktor und Arbeitsplatz eine enorme Relevanz für unsere Volkswirtschaft, sagte

Udo Schiefner, zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion.

Das Problem: Große Teile des deutschen Transportlogistikgewerbes leiden unter Wettbewerbsverzerrungen. Die Unternehmen, die ihre Mitarbeiter fair bezahlen und soziale Standards einhalten, verlieren aufgrund des Preis-Dumpings in der Branche zunehmend Aufträge. „Eine über Preise nicht zu schlagende Konkurrenz trifft auf die deutschen Fuhrunternehmen, die dadurch massiv unter Druck stehen.“

SPD-Fraktionsvize Sören Bartol forderte, mehr hinter die Kulissen zu schauen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher bekämen die bestellten Waren fast in „Echtzeit“. Bei Transport und Logistik herrschten hingegen oftmals Arbeitsbedingungen, die den Beschäftigten „die Luft zum Atmen“ nähmen. Handlungsbedarf sieht Bartol auf allen Ebenen: europäisch, national bis kommunal.

Kontrollen gegen Sozialdumping

Vor allem die so genannte Umflagung von Fuhrparkflotten in die EU-Beitrittsländer sei ein großes Problem, berichtete Prof. Dr. Karlheinz Schmidt vom Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik u. Entsorgung. Damit werde europaweit Sozialdumping betrieben. Wichtig seien deshalb verstärkte Kontrollen. Denn der gesetzliche Mindestlohn werde auf den Autobahnen längst noch nicht immer gezahlt.

Aus den Diskussionen ergeben sich für die SPD-Bundestagsfraktion wichtige Handlungsfelder. Langfristig gehöre dazu die Harmonisierung des Rechts in der EU, sagte Kirsten Lühmann, Sprecherin der Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur. Die unterschiedlichen Kontrollbehörden müssten sich besser austauschen und abstimmen. Die Qualifikation der Berufskraftfahrer und die Attraktivität des Berufs müssten verbessert werden. Insgesamt bräuchten LKW-Fahrer mehr Wertschätzung und faire Arbeitsbedingungen. Und schließlich müsse die Haftung entlang der Logistikkette besser geregelt werden, um Sozialbetrug und Sozialdumping einzudämmen. ■

Industrie 4.0: Den Menschen in den Fokus stellen

Die vierte industrielle Revolution steht vor der Tür, genannt Industrie 4.0. Nach Dampfmaschine, Fließband und Automatisierung geht es jetzt um die intelligente Vernetzung von Produktion und Logistik – das Internet macht's möglich. Die Digitalisierung unserer Wirtschaft verändert dabei nicht nur Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle, sondern auch die Art und Weise, wie Menschen leben, lernen und arbeiten.

„Industrie 4.0 ist kein Modethema, sondern ein Megatrend“, sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil. Die weitergehende Digitalisierung der Fabriken biete großes Potenzial für Produktivitätsfortschritte. „Allerdings müssen wir aufpassen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Rechte dabei nicht unter die Räder kommen“, so Heil weiter.

Mit einem Antrag im Bundestag haben die Koalitionsfraktionen jetzt Vor-



Bei der Entwicklung zur Industrie 4.0 darf der Mensch nicht zu kurz kommen.

schläge gemacht, wie der Wandel hin zur Industrie 4.0 gestaltet werden kann. Im Fokus stehen dabei die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. „Wir wollen die Arbeit in der digitalisierten Wirtschaft gestalten und for-

dern daher, die betriebliche Mitbestimmung mit Blick auf Industrie 4.0 weiterzuentwickeln“, sagt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion Gabriele Katzmarek. Zudem gelte es, den Arbeitnehmerdatenschutz zu stärken

und dem Missbrauch von Werksvertragsgestaltungen entgegenzuwirken.

Um die Beschäftigten auf die Anforderungen von Industrie 4.0 vorzubereiten, fordern die Koalitionsfraktionen entsprechende Verbesserungen des Aus- und Weiterbildungssystems. In Zusammenarbeit mit den Ländern wollen sie Hochschulen, Fachhochschulen und Berufsschulen dabei unterstützen, den Anforderungen der Digitalisierung gerecht zu werden.

Hubertus Heil hält eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Industrie 4.0 für dringend geboten: „Deutschland ist ein starkes Industrieland. Aber wir dürfen uns nicht ausruhen und müssen die Digitalisierung schleunigst angehen. Mit dem Antrag setzen die Koalitionsfraktionen eigene Akzente – damit aus technologischen Innovationen auch sozialer Fortschritt wird.“ ■

Flexibler Übergang in Rente

Die Koalition macht Vorschläge, wie die Menschen künftig flexibler in Rente gehen können.

Über ein Jahr hat die SPD-Bundestagsfraktion mit der Unionsfraktion verhandelt, um die Übergänge in die Rente vor Erreichen des regulären Rentenalters und darüber hinaus flexibler zu gestalten. Jetzt liegen die Ergebnisse vor. „Wir haben erfolgreich Ansätze entwickelt, mit denen der Übergang in den Ruhestand flexibel und dem individuellen Leistungsvermögen entsprechend gestaltet werden kann“, sagt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Katja Mast.

Prävention vor Rente

Die SPD-Fraktion möchte, dass möglichst viele Menschen gesund und fit und bis ins hohe Alter arbeiten können. Viele Beschäftigte schaffen es aber oft nicht, bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze gesund zu bleiben. Die Folge sind Einschnitte bei der Rente. Deshalb hat die SPD-Fraktion durchgesetzt, dass das Prinzip „Prävention und Reha vor Rente“ gestärkt wird. Ein wichtiges Instrument dabei ist der individuelle, berufsbezogene und freiwillige Gesundheitscheck für Versicherte mit 45 Jahren (Ü45-Checkup). Er soll helfen, rechtzeitig Präventions- und Reha-Bedarfe festzustellen.

Außerdem hat sich die SPD-Fraktion dafür eingesetzt, die Teilrente zu modernisieren. Es ist besser, wenn jemand von 63 bis 67 in Teilzeit beschäftigt ist, als wenn er bis 64 in Vollzeit arbeitet und dann gar nicht mehr er-



Die SPD-Fraktion hat das Prinzip „Prävention und Reha vor Rente“ gestärkt.

werbstätig ist. Künftig soll jede und jeder selbst darüber bestimmen können, in welchem Umfang sie oder er Teilrente und Teilerwerbstätigkeit kombinieren möchte. Deshalb flexibilisiert die Koalition die bisherigen starren Hinzuverdienstgrenzen und ersetzt sie durch ein einfaches Anrechnungsmodell.

Kein Rentenzwang bei Hartz IV

Für die SPD-Fraktion ist klar: Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, sollen nicht bestraft werden, wenn sie aus Arbeitslosigkeit in die Rente mit Abschlägen gehen müssen.

Deshalb können Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger künftig nicht mehr gezwungen werden, eine vorgezogene geminderte Altersrente in An-

spruch zu nehmen, wenn sie dadurch gegebenenfalls bis zu ihrem Lebensende auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen wären und ihrerseits arbeitssuchend bleiben wollen.

Zudem will die Koalition bessere Möglichkeiten schaffen, Rentenabschläge auszugleichen. Wer vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze in Rente geht, muss mit Abschlägen rechnen. Künftig können sie schon ab 50 Jahren durch zusätzliche Beiträge ausgeglichen werden (bisher 55). Zudem können die Beiträge in einer Summe, in Teilzahlungen, vom Arbeitnehmer selber oder aber vom Arbeitgeber gezahlt werden. Damit können die Menschen ihren Ausstieg aus dem Erwerbsleben früher, flexibler und individueller planen. ■

Projekt Zukunft: Neue Erfolge für den Mittelstand

Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der Wirtschaft und oft Spitzenreiter des technologischen Fortschritts.

Die SPD-Fraktion will ihr Innovationsengagement stärker fördern. Doch stimmen dafür die Rahmenbedingungen? Und ist Deutschland auch heute noch aufgeschlossen genug für neue Technologien? Diesen Fragen geht die SPD-Bundestagsfraktion in der Projektgruppe #NeueErfolge nach. Jetzt hat die Projektgruppe ein Dialogpapier vorgestellt, in dem sie die Situation des Mittelstands beleuchtet und erste Ideen für eine bessere Innovationsförderung zur Diskussion stellt.

„Vielen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fällt es zunehmend schwer, in Innovationen zu investieren“, sagt Sabine Poschmann, die Leite-

rin der Projektgruppe. Fehlendes Personal, eine unzureichende Finanzierung von Innovationsprojekten, eine unübersichtliche Förderlandschaft und teilweise rückläufige Fördermittel machen ihnen zu schaffen.

Technologietransfer fördern

In ihrem Dialogpapier hat die Projektgruppe Stärken und Schwächen des deutschen Innovationssystems analysiert und mit zahlreichen Expertinnen und Experten Lösungsvorschläge diskutiert. Einen Fokus legt das Papier auf einen besseren Technologietransfer, das heißt eine bessere Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft. Außerdem müsse mehr Transparenz hergestellt werden: über potentielle Partner, Projekte und Fördermöglichkeiten materieller und immaterieller Art.

Dabei bleiben offene Fragen: Wie sollte ein transparentes Fördersystem strukturiert sein? Ist die steuerliche Forschungsförderung geeignet, die Innovationsfähigkeit von KMU zu steigern? Gibt es thematische und strukturelle Förderlücken?

Auf diese und andere Fragen sucht die Projektgruppe nun in einem breiten Diskussionsprozess nach neuen Antworten und will dazu mit möglichst vielen Akteuren des Innovationssystems und der Zivilgesellschaft ins Gespräch kommen. Am Ende des Dialogprozesses sollen die Stellungnahmen und Expertisen in ein Konzept für eine bessere Innovationsförderung für den Mittelstand einfließen. ■

Mehr zum Projekt #NeueErfolge und das Dialogpapier finden Sie unter: spdfraktion.de/projekt-zukunft

Meldungen

Koalition fördert Einbruchschutz

Wer seine Wohnung oder sein Haus besser gegen Einbrüche schützen will, kann dafür jetzt eine Finanzierungshilfe beantragen. Die Koalition hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass 30 Millionen Euro in 2015 bis 2017 für das neue Zuschussprogramm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ im Bundeshaushalt verankert werden. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wird das Programm durchführen. Mit der Zahl der Wohnungseinbrüche steigt auch das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen. Künftig können Hauseigentümer, Mieterinnen und Mieter, Verwaltungen und Genossenschaften vor den Umbaumaßnahmen bei der KfW Zuschüsse zu den Gesamtkosten beantragen. Gefördert werden beispielsweise der Einbau und die Nachrüstung einbruchhemmender Haus- und Wohnungseingangstüren, Nachrüstsysteme für Fenster, der Einbau von Gittern und Rollläden, Alarmanlagen, Bewegungsmelder oder Gegensprechanlagen. Der Zuschuss wird zehn Prozent der Gesamtinvestition betragen. Gezahlt werden 200 bis 1.500 Euro Zuschuss pro Wohneinheit.

Weitere Informationen unter:

www.kfw.de

Bausparkassen gestärkt

Mit einem Gesetz hat die Koalition die Bausparkassen gestärkt. Sie wahrt damit die Interessen der Bausparer und erlaubt es den Bausparkassen zugleich, auf die Auswirkungen des Niedrigzinsumfeldes besser zu reagieren. So können Bausparkassen künftig zum Beispiel mehr Immobiliendarlehen außerhalb des Bauspargeschäftes vergeben. Bausparkassen sind wegen ihrer langen Zinsbindung in besonderer Weise von den anhalten Niedrigzinsen betroffen. Zudem sind sie bisher in ihrer Reaktionsmöglichkeit eingeschränkt. Das Gesetz stellt sicher, dass der von vielen Bürgerinnen und Bürgern genutzte Bausparvertrag mit seiner gesellschaftspolitischen Funktion auch über das aktuelle Zinsumfeld hinaus Bestand haben wird. ■

Vorgestellt



Oliver Kaczmarek

Oliver Kaczmarek (45) ist überzeugt: Sein Leben wäre anders verlaufen, wenn Sozialdemokraten und Sozialdemokraten nicht mit guter Bildungspolitik dafür gesorgt hätten, dass breiter Wohlstand für alle und sozialer Aufstieg möglich wurden. Kein Wunder also, dass sich der Sohn einer Bergmannsfamilie aus dem Ruhrgebiet für eine gerechtere Bildungspolitik einsetzt. Das tut er zum einen als Mitglied des Bildungsausschusses im Bundestag. Zum anderen fragt er als Projektleiter des Projekts #NeueChancen danach, wie wir insgesamt mehr Bildungschancen schaffen können und wie eine sozial gerechte Bildungsförderung aussehen kann. ■



Dr. Jens Zimmermann

Wie schaffen wir überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse, egal ob Großstadt oder ländlicher Raum? Dieser Frage spürt Jens Zimmermann (34) als Leiter des Projekts #NeuerZusammenhalt nach. Dabei stellt sich für ihn die Frage nach Einheit längst nicht mehr zwischen Ost und West, sondern quer durchs Land zwischen Arm und Reich. „Neue Gerechtigkeit bedeutet, dass wir uns nicht in arme und reiche, starke und schwache Regionen spalten lassen“, sagt Jens Zimmermann.

Der promovierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler vertritt seinen Wahlkreis Odenwald seit 2013 im Bundestag. Hier ist er auch Mitglied im Finanzausschuss. ■

Haushalt: Mehr Investitionen ohne neue Schulden

Der Bundestag hat den Haushalt für 2016 beschlossen. Er sieht Investitionen in Infrastruktur und mehr Mittel für die Flüchtlingshilfe vor.

Der Bundestag hat für 2016 einen Haushalt ohne neue Schulden beschlossen. Es ist bereits das dritte Mal in Folge nach 2014 und 2015. Dabei haben die Koalitionsfraktionen wichtige zusätzliche Investitions-Impulse gesetzt, etwa in den Bereichen Integration, Kultur, für das THW oder die Bundespolizei.

Für die SPD-Fraktion ist solide Finanzpolitik kein Selbstzweck. Sie muss Freiräume für wichtige politische Entscheidungen schaffen. Die Koalition nutzt die Überschüsse des Jahres 2015 für die bevorstehenden Mehrbelastungen von 2016. Diese entstehen vor allem durch die Versorgung, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge.

Der Haushalt bilde die Realität ab, sagt Johannes Kahrs, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Wir müssen im Großen und im ganz Konkreten helfen und gleichzeitig die versprochenen Maßnahmen umsetzen.“

Insgesamt 7,5 Milliarden Euro werden in Zusammenhang mit den Flüchtlingen bereitgestellt. Allein die Länder



Zum dritten Mal in Folge will der Bund 2016 ohne neue Schulden auskommen.

und Kommunen erhalten 3,3 Milliarden Euro als Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie das Bundesinnenministerium erhalten mehr Mittel für Integration, Soziales und innere Sicherheit.

Zudem wird das 10-Milliarden-Investitionspaket, das die Koalition vergangenes Jahr beschlossen hat, umge-

setzt. Der Schwerpunkt liegt auf der Infrastruktur und der Entlastung von Ländern und Kommunen.

Johannes Kahrs erhofft sich davon langfristig einen Wirtschaftsschub. Ähnlich sei es bei den Flüchtlingen, wenn diese in vier, fünf Jahren auf den Arbeitsmarkt kämen. „Dann kann das für uns langfristig ein großer Gewinn werden.“ ■

Koalition reguliert Leiharbeit

In den Verhandlungen des Koalitionsvertrages hat die SPD-Fraktion durchgesetzt, dass Leiharbeit und Werkverträge stärker reguliert werden sollen, um Missbrauch zu bekämpfen.

Jetzt hat Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Er sieht vor, dass der Einsatz von Leiharbeiterinnen und -arbeitern grundsätzlich auf 18 Monate begrenzt werden soll. In tarifgebundenen Betrieben sollen Arbeitgeber und Gewerkschaften abweichende Regelungen vereinbaren können. Nach neun Monaten sollen Leiharbeiter die gleiche Bezahlung erhalten wie die Stammbeslegschaft. Auch hier können die Tarif-

partner abweichende Regelungen treffen, allerdings nur für weitere drei Monate. Außerdem sollen Leiharbeiter künftig nicht mehr als Streikbrecher eingesetzt werden dürfen.

Bei den Werkverträgen soll mit dem Gesetzentwurf vor allem für mehr Transparenz gesorgt werden. Betriebs- und Personalräte sollen künftig über die Zahl der Werkvertragsarbeiter und ihre rechtliche Grundlage informiert werden. Einschlägige Rechtsprechungen zur Abgrenzung von Dienstverträgen sollen gesetzlich niedergelegt werden. Ziel ist eine klarere Abgrenzung zwischen ordnungsgemäßem und missbräuchlichem Einsatz von Fremdpersonal. ■

Termine

08. Dezember Wohin steuert die Energiewende?, 34431 Marsberg-Bredelar

09. Dezember Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel, 23090 Ratzeburg

09. Dezember Für starke Kommunen, 93149 Nittenau

10. Dezember Herausforderungen aktueller Flüchtlingspolitik, 11011 Berlin

Weitere Termine:

www.spdfraktion.de

www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 02. Dezember 2015

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Stefan Hintermeier, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Jasmin Hihat, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von

Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800